

KlimaSeniorinnen

Point de Presse vom 8.10.2020

Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin KlimaSeniorinnen Schweiz

Wir KlimaSeniorinnen, mittlerweile über 1800 Mitglieder, haben im November 2016 eine Klimaklage ans UVEK eingereicht. Darin wird unsere wissenschaftlich nachgewiesene, besondere gesundheitliche Betroffenheit durch die Hitzewellen aufgezeigt und die ungenügende Aktivität des Bundes im Klimaschutz gerügt. Dabei berufen wir uns auf die verfassungsmässig und durch die Menschenrechtskonvention garantierten Grundrechte auf Leben und Gesundheit, die nicht gewährleistet werden. Das UVEK und die Schweizer Gerichte sind leider inhaltlich nicht auf dieses, unser eigentliches Begehren, eingegangen. Unser Bundesgericht begründet seine Abweisung unserer Klage u.a. damit, dass eine Ueberschreitung des „deutlich unter 2 Grad Celsius“-Ziels noch in weiter Ferne liege und es dementsprechend noch zu früh sei für eine Klage. Zudem sei unsere Gesundheit heute ja noch nicht akut gefährdet. Wir fragen uns: Wo bleibt die Pflicht des Staates, seine Bürgerinnen präventiv zu schützen? Wir fühlen uns in unseren Grundrechten mit unserer besonderen Verletzlichkeit nicht ernst genommen. Anders in den Niederlanden: Im letzten Dezember stellte das oberste Gericht fest, dass die niederländische Regierung zum Schutz der Menschenrechte die Emissionen dringend reduzieren muss.

Unser Ziel ist es, dass der Staat seine Schutzpflichten uns gegenüber wahrnimmt und den Klimaschutz endlich verstärkt. Und deshalb ziehen wir die Klage weiter nach Strassburg, in der Erwartung, dass sich der Europäische Gerichtshof, der für Menschenrechtsfragen spezialisiert ist, tatsächlich mit den Pflichten der Schweiz auseinandersetzt, so dass diese endlich alles daran setzt, unsere Gesundheit und unser aller Leben zu schützen. Immerhin hat das oberste holländische Gericht argumentiert, dass sich nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) aus den Grundrechten auf Leben Umweltschutzverpflichtungen der Staaten ergäben. Diese Schutzpflichten verlangten nach staatlichen Massnahmen, um Gefahren abzuwehren. Dabei sei Irrelevant, ob die Gefahr unmittelbar bevorstünde oder sich erst in Zukunft realisieren werde. Und wenn der Gerichtshof auf Grund unserer Klage eine Menschenrechtsverletzung feststellen wird, hat dies Auswirkungen nicht nur auf die Schweiz sondern auf das Gebiet aller Europaratsstaaten.

Wir haben auch einen Offenen Brief an die Bundespräsidentin und ans UVEK verfasst, wo wir ihnen vorwerfen, ihre Pflicht und Verantwortung nicht wahrzunehmen um unser Leben laut Verfassung und Menschenrechtskonvention genügend zu schützen. Es ist dringend notwendig, das Parlament wissenschaftlich fundiert über die notwendigen anstehenden Handlungen zu informieren, welche die Schweiz nun unverzüglich angehen muss. Mit den heutigen zögerlichen Schritten und Handlungen im Klimaschutz werden wir das unterzeichnete Pariser Abkommen niemals erreichen. Die aktuellen Klimapläne führen dazu, dass das noch vorhandene CO₂-Budget massiv überzogen wird. Die weltweiten Auswirkungen der Klimakrise treten oftmals schneller ein als erwartet. Und die selbstverstärkenden Effekte im Klimasystem lassen auch Klimaforscherinnen und -forscher aussagen, dass wir sofort handeln müssen um die Klimaveränderung hin zur Katastrophe überhaupt noch stoppen zu können.

Wir wollen und müssen dranbleiben und weiterkämpfen!

Point presse, Berne, le 8 octobre 2020. Anne Mahrer coprésidente

La crise climatique est une menace pour les droits humains. Pourtant ni nos autorités fédérales, ni les tribunaux suisses, notamment le Tribunal fédéral censé vérifier le respect des droits fondamentaux, n'ont jugé nécessaire d'examiner notre requête sur le fond.

Notre temps est compté. A suivre le Tribunal fédéral, lorsque les conditions qu'il pose seront remplies, ce sera trop tard...

Il n'y a pas de danger plus important que les changements climatiques. Cela n'a jamais été aussi bien documenté qu'aujourd'hui.

C'est ce que nous rappelons dans notre lettre ouverte au Conseil fédéral. Les mesures prises par la Confédération pour la protection du climat sont très insuffisantes, contreviennent à la Constitution fédérale, à la Convention européenne des droits de l'homme (CEDH) et mettent notre santé en danger. De plus, elles ne respectent pas l'objectif de réchauffement « très en dessous de 2°C » fixé dans l'Accord de Paris. Le gouvernement manque ainsi à son devoir de protection à l'égard de la population.

Cette année, la Convention européenne des Droits de l'Homme célèbre son 70ème anniversaire. Elle a 70 ans comme beaucoup d'entre nous et, comme nous, elle ne s'est pas assoupie sur ses acquis !

Le Président de la Cour européenne des droits de l'homme, Linos-Alexandre Sicilianos l'a rappelé à deux reprises en ce début d'année.

Lors de ces deux interventions, il a mentionné la décision de la Cour suprême des Pays-Bas, du 20 décembre 2019, je cite :

«... la Cour suprême des Pays-Bas a rendu un arrêt qui a eu un retentissement mondial. Dans cette affaire, la Cour suprême a imposé à l'État néerlandais de réduire les émissions de gaz à effet de serre d'au moins 25 % d'ici à la fin de 2020. Pour prendre cette décision qualifiée d'historique, la Cour suprême néerlandaise s'est appuyée expressément sur la Convention européenne des droits de l'homme et la jurisprudence de notre Cour. En se rendant sur le terrain de la Convention, les juges néerlandais ont clairement rappelé que la Convention européenne des droits de l'homme est bien devenue notre langue commune et que ce texte pouvait apporter des réponses aux problèmes de notre temps ».

C'est dans cette perspective, forte aujourd'hui de plus de 1800 membres et de plus de 900 soutiens, déterminées à faire valoir notre droit à la vie et à la santé, que nous recourons contre l'arrêt du Tribunal fédéral auprès de la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) à Strasbourg.

KlimaSeniorinnen ziehen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Point de Presse, 8. Oktober 2020.

Die KlimaSeniorinnen verlangten vom Bund bereits 2016, dass er *in seinem Zuständigkeitsbereich alles dafür tut, dass die Schweiz ihren Beitrag zur Verhinderung einer gefährlichen Störung des Klimasystems leistet*. Der Beitrag der Schweiz war 2016 ungenügend und ist es auch heute noch. Konkret forderten und fordern die KlimaSeniorinnen, dass der Bund auf verstärkte Klimaziele für die Jahre 2020 und 2030 hinarbeitet und diese dem Parlament vorschlägt. Zudem schlugen die KlimaSeniorinnen konkrete Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele vor.

Die KlimaSeniorinnen stützen ihre Begehren auf drei Grundlagen:

1. Das in der Verfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte *Recht auf Leben und Gesundheit*, welches den Staat dazu verpflichtet, gefährdete Menschen präventiv vor gesundheitlichen Schäden zu schützen, beispielsweise durch klimabedingte Hitzewellen;
2. Das *Übereinkommen von Paris* von 2015, in welchem die Staatengemeinschaft inklusive der Schweiz sich geeinigt hat, was zur Verhinderung einer gefährlichen Störung des Klimasystems getan werden muss: Die Erderwärmung muss auf «deutlich unter» 2 Grad begrenzt werden, und es müssen zudem Anstrengungen unternommen werden, die Erderwärmung auf 1.5 Grad zu begrenzen;
3. Die *Berichte des Weltklimarates*, aus denen sich ableiten lässt, in welchem Umfang und in welcher Geschwindigkeit die Schweiz den Ausstoss von Treibhausgasemissionen begrenzen muss, um ihren Beitrag an die Ziele des Pariser Übereinkommens leisten zu können.

Die Klimaseniorinnen fordern Schutz, da sie als ältere Frauen ganz besonders unter den Folgen der Klimaerwärmung leiden. Sie sind während Hitzewellen, verglichen mit der Gesamtbevölkerung, einem klar erhöhten Sterberisiko ausgesetzt. Diese Tatsache ergibt sich aus Statistiken und Publikationen des Bundes.

Trotz dieser hohen Verletzlichkeit behandelte das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) das Begehren der KlimaSeniorinnen nicht. Beschwerden gegen diesen Entscheid wiesen das Bundesverwaltungsgericht und jüngst das Bundesgericht ab. Das Bundesgericht bestätigte im Ergebnis die Entscheide der Vorinstanzen. Es stellte zudem fest, dass die Menschenrechte der Seniorinnen durch die derzeitige Klimapolitik der Schweiz nicht verletzt seien.

Mit der Beschwerde der KlimaSeniorinnen an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof erhält der Gerichtshof nun *eine der ersten Gelegenheiten*, die Frage zu prüfen, *ob Staaten durch einen unzureichenden Klimaschutz Menschenrechte verletzen*. Und wann überhaupt von einem «ungenügenden» Klimaschutz gesprochen werden kann, resp., wie Staaten ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen können.

Es gibt eine reichhaltige Praxis des Gerichtshofs zum Schutz des Lebens und der Gesundheit vor Beeinträchtigungen durch Umweltbelastungen. Es handelte sich aber meist um Fälle, die einen territorialen Bezug hatten. Z.B., ob und inwiefern ein Staat eine Pflicht hat, seine Bürger vor Schlammlawinen oder Erdbeben zu schützen. Einen Fall im Zusammenhang mit Treibhausgasemissionen hat der Gerichtshof bis heute nicht beurteilt. Besonders daran ist, dass sich Treibhausgasemissionen grenzüberschreitend und global auswirken und das Wohl Einzelner, aber auch der Menschheit an sich gefährden können.

Einer erstmaligen Beurteilung dieser Fragen durch den auf Menschenrechte spezialisierten Gerichtshof kann umso mehr mit Spannung entgegengeblickt werden, als beispielsweise der UN-Menschenrechtsausschuss, der UN-Menschenrechtsrat, der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte und der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt ganz grundsätzlich klar machen, dass *die aktuelle globale Klimakrise die Menschenrechte ernsthaft bedroht*. Und die niederländischen Gerichte gerade auch gestützt auf die Europäische Menschenrechtskonvention entschieden haben, dass die niederländische Regierung zum Schutz der Menschenrechte die Emissionen dringend und erheblich reduzieren muss.

Nicht zuletzt: Eine Antwort des Gerichtshofs auf die Frage, ob Staaten durch einen unzureichenden Klimaschutz Menschenrechte verletzen, wäre richtungsweisend nicht nur für die Schweiz, sondern für alle 47 Europaratsstaaten, die die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert haben.

Der Fall hat damit das Potential, im Bereich der Klima- und Menschenrechte Geschichte zu schreiben.



Point de Presse, 8. Oktober 2020

Yvonne Anliker, Mediensprecherin Greenpeace Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Greenpeace Schweiz unterstützt die KlimaSeniorinnen seit Beginn. Denn für Greenpeace ist es essentiell, dass weltweit im Zusammenhang mit der Klimakrise die menschenrechtlichen Fragen beantwortet werden. Wir weisen seit Jahren eindringlich darauf hin, dass der Klimawandel eine Krise darstellt, die heftige Konsequenzen für unsere Grundrechte hat. Jeder Mensch hat das Recht auf ein stabiles Klima und eine gesunde Umwelt – ein Recht auf Leben, auf Gesundheit, auf Nahrung und auf einen angemessenen Lebensstandard. Der Klimawandel stellt eine akute Bedrohung für diese Rechte dar.

Politisch wird diese Tatsache nicht aufgenommen. Darum braucht es eine neutrale juristische Beurteilung. Das heisst, die Grundrechtsverletzungen bedingt durch einen mangelnden Klimaschutz müssen juristisch aufgearbeitet werden. So können und werden – hoffentlich – Rechtsurteile einen Wendepunkt darstellen. Wie zum Beispiel in den Niederlanden. Dort gelang es der Klimastiftung Urgenda, die Regierung auf dem Rechtsweg zu grösseren Anstrengungen gegen den Klimawandel zu verpflichten.

Klimagerechtigkeit - auf Englisch Climate Justice - ist weltweit ein Schwerpunkt von Greenpeace. Um die internationale Bedeutung der Klimaklage der KlimaSeniorinnen zu unterstreichen, schickt Greenpeace ihr Segelschiff Beluga in die Schweiz. Die Beluga wird rund eine Woche in Basel ankern, bevor sie zusammen mit den KlimaSeniorinnen nach Strassburg reist, um dort die Klimaklage beim Gerichtshof einzureichen.

Ab Mai 2020

- Vorbereitung des Weiterzugs an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strasbourg
- Wir erachten den Weiterzug des Falls nach Strasbourg als eine einmalige Gelegenheit: Der Gerichtshof würde erstmals die Gelegenheit erhalten, die Bedeutung des Rechts auf Leben und Gesundheit im Zusammenhang mit Fragen der Klimaerwärmung zu beurteilen.
- Wenn der Gerichtshof eine Menschenrechtsverletzung feststellen würde, hätte dies Auswirkungen nicht nur auf die Schweiz, sondern auf das Gebiet aller Europaratsstaaten.
- Der Fall hat das Potential, im Bereich des Klimarechts Geschichte zu schreiben.

Beim Gang nach Strasbourg geht es uns insgesamt darum, dass

- ...wir gewinnen!
- ...wir unsere Regierung zu mehr Klimaschutz bewegen
- ...wir neue Menschen für den Klimaschutz gewinnen.

Unterstützen Sie uns beim Gang nach Strasbourg:

- Werden Sie Mitglied! Als Frau im Pensionsalter können Sie Mitglied werden.
- Unterstützen Sie unsere Klimaklage auch wenn Sie keine Seniorin sind: bestellen Sie Flyer und machen Sie andere in Ihrem Umfeld auf unsere Klage aufmerksam.

Mehr Infos: www.klimaseniorinnen.ch

KlimaSeniorinnen

Anziane per il clima

Ainées pour la protection du climat

Wir KlimaSeniorinnen klag(t)en



Was ist bis jetzt passiert?

November 2016:

- Wir KlimaSeniorinnen gelangten mit einem Begehren an den Bundesrat, an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), an das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und an das Bundesamt für Energie (BFE).
- Wir verlangten verstärkte Klimaziele
 - für die Zeit bis 2020 eine Erhöhung von 20 % auf mindestens 25%.
 - Für den Zeitraum bis 2030 eine inländische Treibhausgasreduktion von mindestens 50%.
 - Wir machten konkrete Vorschläge zur Erreichung dieser Ziele.
 - Insgesamt ging und geht es darum, dass die Schweiz ihren Beitrag zur Verhinderung einer gefährlichen Störung des Klimasystems leistet, d.h. ihren Beitrag an das sog. deutlich unter 2-Grad-Ziel des Übereinkommens von Paris.
- Wir KlimaSeniorinnen stützten unser Begehren
 - auf das Recht auf Leben und Gesundheit und der damit verbundenen Pflicht des Staates, das Recht auf Leben und Gesundheit zu schützen,
 - auf die internationalen Klimaabkommen und
 - auf wissenschaftlichen Grundlagen, aus denen sich ableiten lässt, welcher Staat wieviel dazu beitragen muss, um das deutlich unter 2-Grad-Ziel zu erreichen.
- Unsere Berechtigung, ein solches Begehren zu stellen, begründeten wir damit, dass Frauen im Alter ab 75 Jahren besonders unter den Folgen der Klimaerwärmung leiden und verglichen mit der Gesamtbevölkerung einem erhöhten Sterberisiko ausgesetzt sind.

April 2017

- Das UVEK hat sich mit unseren Forderungen nicht auseinandergesetzt, sondern ist auf das Gesuch aus formalen Gründen nicht eingetreten. Es argumentierte, dass es uns KlimaSeniorinnen nicht darum gehe, CO2-

Emissionen in unserer unmittelbaren Umgebung, sondern weltweit zu vermindern.

Mai 2017

- Gegen diesen Entscheid führten wir Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht.

Dezember 2018

- Das Bundesverwaltungsgericht weist die Beschwerde ab.
- Dies mit der Begründung, dass es uns KlimaSeniorinnen an der nötigen sog. «besonderen Betroffenheit» fehle. Es seien nicht nur die KlimaSeniorinnen, sondern alle Menschen von der Klimaerwärmung in irgendeiner Art betroffen.

Januar 2019

- Beschwerde ans Bundesgericht.

Mai 2020

- Das Bundesgericht weist unsere Beschwerde ab.
 - Es begründet seinen negativen Entscheid damit, dass das Recht auf Leben und Gesundheit der Beschwerdeführerinnen im heutigen Zeitpunkt nicht in hinreichender Intensität berührt seien, und
 - dass eine Überschreitung des «deutlich unter 2 Grad Celsius»-Ziels erst in mittlerer bis fernerer Zukunft zu erwarten sei, also noch Zeit bestehe, Massnahmen zu ergreifen.
 - Das Bundesgericht sagt weiter, dass sich weder KlimaSeniorinnen noch der Rest der Bevölkerung auf ihr Recht auf Leben und Gesundheit berufen könne. Im Ergebnis macht das Bundesgericht die Klimakrise damit zum grundrechtsfreien Raum.
- Das Bundesgericht bleibt mit seiner Begründung weit hinter den niederländischen Gerichten zurück. Diese stellten fest, dass die niederländische Regierung zum Schutz der Menschenrechte die Emissionen dringend reduzieren muss. Nur die Massnahmen seien politisch verhandelbar, nicht aber die zur Erreichung des «deutlich unter 2 Grad Celsius»-Ziels nötigen Mindest-Emissionsziele.

A partir de mai 2020

- Préparation du renvoi de notre requête pour examen devant la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) à Strasbourg.
- Le renvoi du cas pour examen à Strasbourg est à notre avis une occasion unique : en effet et pour la première fois, la CEDH aurait l'occasion de se prononcer sur le poids du droit à la vie et à la santé dans le contexte du réchauffement climatique.
- Si la Cour constatait l'existence d'une violation des droits humains, les retombées ne toucheraient pas que la Suisse, mais aussi la totalité du territoire des États européens.
- Ce cas pourrait écrire l'histoire dans le domaine du droit du climat.

Nos intentions, en « montant » à Strasbourg, c'est

- ... de gagner !
- ... d'obtenir de notre gouvernement de prendre plus au sérieux la protection du climat
- ... de motiver davantage de personnes en faveur de la protection du climat.

Soutenez-nous dans notre requête à Strasbourg :

- Devenez membre ! Des femmes à la retraite peuvent devenir membre de l'association.
- Soutenez l'association même si vous ne remplissez pas les conditions d'adhésion : commandez des dépliants et parlez de notre action en justice dans votre entourage.

Plus d'infos : www.ainees-climat.ch

KlimaSeniorinnen

Anziane per il clima

Aînéés pour la protection du climat

D'hier à ce jour : l'action des Aînéés pour le climat



Brève revue

Novembre 2016

- Nous, Aînées pour la protection du climat, avons adressé une requête au Conseil fédéral, au Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC), à l'Office fédéral de l'environnement (OFEV) et à l'Office fédéral de l'énergie (OFEN).
- Nous demandons un renforcement des objectifs en matière de climat
 - Un relèvement des objectifs de 20 % à 25 % au moins d'ici 2020.
 - Une réduction des émissions de gaz à effet de serre de la Suisse d'au moins 50 % d'ici 2030.
 - Nous avons fait des propositions concrètes pour qu'il soit possible d'atteindre ces objectifs.
 - Le but de notre démarche était et demeure que la Suisse contribue ainsi à juguler une évolution dangereuse du réchauffement climatique. En clair, que la contribution de la Suisse respecte l'objectif de réchauffement « très en dessous de 2°C » fixé dans l'Accord de Paris.
- Nous, Aînées pour la protection du climat, fondons notre requête sur les éléments suivants :
 - le droit à la vie et à la santé dont résulte l'obligation, pour l'État, de protéger le droit à la vie et à la santé ;
 - les accords internationaux sur le climat ;
 - les bases scientifiques à partir desquelles se calcule le montant de la contribution requise par un État donné lui permettant d'atteindre l'objectif de réchauffement « très en dessous de 2°C ».
- Quant à la légitimité d'une telle requête, elle ressort du fait que les femmes de 75 ans et davantage souffrent tout particulièrement des conséquences du réchauffement climatique et que, comparées à la population générale, elles sont exposées à un risque de mortalité plus élevé.

Avril 2017

- Le DETEC ne s'est pas prononcé sur le bien-fondé de nos exigences. Invoquant des motifs formels, il n'est pas entré en matière sur le fond. Argumentation : les Aînées pour la protection du climat ne viseraient pas une réduction des émissions de CO2 dans notre environnement immédiat, mais à l'échelle de la planète.

Mai 2017

- Nous avons contesté cet arrêt auprès du Tribunal administratif fédéral.

Décembre 2018

- Le Tribunal administratif fédéral rejette notre recours.
- Justification du rejet : les Aînées pour la protection du climat ne constitueraient pas « un groupe de population particulièrement concerné ». Elles ne seraient pas les seules concernées par le réchauffement climatique ; celui-ci touchant d'une manière ou d'une autre l'ensemble de la population.

Janvier 2019

- Recours auprès du Tribunal fédéral (TF).

Mai 2020

- Le Tribunal fédéral (TF) rejette notre recours. Justification du rejet :
 - le droit à la vie et à la santé invoqué par les requérantes ne serait pas assez gravement touché actuellement ;
 - le dépassement de l'objectif de réchauffement maximal « très en dessous de 2°C » visé par la réduction des émissions de gaz à effet de serre ne se produirait qu'à moyen ou long terme, qu'il n'était donc pas urgent de prendre des mesures.
 - Le TF ajoute encore que ni les Aînées pour la protection du climat, ni le reste de la population ne seraient habilités à se prévaloir d'un droit à la vie et à la santé. En conséquence, le TF place la crise climatique en dehors du droit.
- L'argumentation avancée par le TF le place très en deçà de celle des tribunaux néerlandais. En effet, ces derniers ont constaté qu'en vertu de la protection des droits humains, le Gouvernement des Pays-Bas avait pour mission urgente de réduire le niveau des émissions des gaz à effet de serre. Un débat politique ne serait admissible que concernant le type de mesures, mais pas le taux minimal d'émissions requis pour atteindre l'objectif de réchauffement « très en dessous de 2° C ».

KlimaSeniorinnen ziehen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Zürich/Bern, 8. Oktober 2020. Im Frühling dieses Jahres lehnte das Bundesgericht die Beschwerde der KlimaSeniorinnen und von vier einzelnen, besonders verletzlichen älteren Frauen ab. Sie rügten die Unterlassungen des Bundes im Klimaschutz und forderten zum Schutz ihres Rechts auf Leben und Gesundheit verstärkte Klimaziele und wirkungsvollere Massnahmen. Nun ziehen sie den Fall an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Schweizer Klimaklage ist am Gerichtshof eine der ersten ihrer Art und könnte zu einem Präzedenzfall für ganz Europa werden. Um ihr Anliegen zu unterstreichen, werden Mitglieder der KlimaSeniorinnen persönlich mit dem Greenpeace-Segelschiff Beluga nach Strassburg reisen.

Die KlimaSeniorinnen kämpfen seit 2016 für Klimagerechtigkeit. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK sowie die Schweizer Gerichte waren nicht bereit, sich mit ihrem Begehren inhaltlich zu befassen. Der Entscheid für den Weiterzug ihrer Klimaklage an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) fiel im Verein mit grosser Mehrheit. «Im Gegensatz zu den Schweizer Gerichten ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auf Menschenrechtsfragen spezialisiert. Wir hoffen, dass sich dieses Gericht nun tatsächlich mit der Pflicht der Schweiz auseinandersetzt, unser Leben und unsere Gesundheit vor den negativen Folgen der Klimaerwärmung zu schützen. Unser Ziel ist es, dass der Staat seine Schutzpflichten uns gegenüber wahrnimmt und den Klimaschutz verstärkt», sagt Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin der KlimaSeniorinnen.

«Wir beobachten beim Gerichtshof ein wachsendes Bewusstsein für den Zusammenhang von Klimaschutz und Menschenrechten und erhoffen uns deshalb, dass der Mut der KlimaSeniorinnen belohnt wird», sagt Georg Klingler, Klimaexperte bei Greenpeace Schweiz. Die Umweltorganisation unterstützt die KlimaSeniorinnen seit Beginn. «Aus unserer Sicht sind die Chancen intakt, dass die Schweizer Klimaklage die erste Klage ihrer Art werden könnte, welche vom EGMR behandelt wird. Damit könnte sie zum wegweisenden Präzedenzfall für Europa und die Welt werden.»

Mit dem Greenpeace-Schiff von Basel nach Strassburg

Ihre Reise nach Strassburg starteten die KlimaSeniorinnen heute in Bern, wo sie einen offenen Brief an den Bundesrat präsentierten. Darin erläutern die Seniorinnen, warum sie in Strassburg Beschwerde gegen die Schweiz einlegen. Sie erinnern daran, welche Folgen der zu schwache Klimaschutz auf ihr Leben und ihre Gesundheit hat, und sie fordern Bundesrat und Behörden dazu auf, «beim Klimaschutz endlich so viel zu tun, wie es braucht, um uns heute schon Betroffenen sowie auch die zukünftig Lebenden genügend schützen zu können».

Einzelne KlimaSeniorinnen werden persönlich mit dem Greenpeace-Segelschiff Beluga von Basel nach Strassburg reisen. Mit der Schifffahrt und der Übergabe am Gerichtshof

bekommt der Schweizer Fall internationale Bedeutung. Eine Annahme und Behandlung der Beschwerde wäre ein Signal für die vielen weltweiten Klagen, in denen Betroffene Regierungen oder Konzerne wegen des ausbleibenden Klimaschutzes verklagen. Die KlimaSeniorinnen wollen darum zusammen mit Greenpeace ein hoffnungsvolles Zeichen setzen: Eine bunte Wimpelkette, welche die Wünsche und Hoffnungen der Menschen in der Klimakrise symbolisiert, soll die KlimaSeniorinnen begleiten. Die ersten Teile dieser Kette wurden heute in Bern gezeigt. Nun soll diese mit zahlreichen Wimpeln und Fahnen von der Bevölkerung verlängert werden, um schliesslich in Strassburg die grosse Bedeutung des Falles als einer der ersten Klimafälle am Gericht hervorzuheben.

Die Beluga in Basel

Das Greenpeace-Segelschiff Beluga ankert in Basel. Am Mittwoch, 21. Oktober 2020 und am Samstag, 24. Oktober 2020 steht sie für eine kostenlose Besichtigung offen. Aufgrund von COVID-19 findet die Besichtigung in Kleingruppen von maximal sieben Personen statt. Vorgängig müssen das gewünschte Datum und die gewünschte Uhrzeit gebucht werden: <https://shop.greenpeace.ch/besichtigung-beluga-2020>

Von den Niederlanden inspiriert

Vor vier Jahren reichten die KlimaSeniorinnen und vier Einzelklägerinnen beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und weiteren Bundesbehörden ihre Klimaklage ein und ersuchten um einen verstärkten Klimaschutz zum Schutz ihrer Grundrechte auf Leben und Gesundheit. Denn die durch die Klimakrise zunehmenden Hitzeextreme im Sommer führen erwiesenermassen zu einer erhöhten Sterblichkeit und mehr Erkrankungen von älteren Menschen und insbesondere älteren Frauen.

- Nach dem Erfolg der niederländischen Stiftung Urgenda im Jahr 2015: Prüfung und Schaffung der juristischen Grundlagen für eine Schweizer Klage durch eine Kanzlei im Auftrag von Greenpeace.
- Frühjahr 2016: Aufbau der Bewegung von Klägerinnen
- August 2016: Gründung des Vereins KlimaSeniorinnen Schweiz
- November 2016: Formelle Einreichung des «Begehrens um Einstellung von Unterlassungen im Klimaschutz» beim Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und weiteren Bundesbehörden
- April 2017: Das UVEK weist das Gesuch aus formalen Gründen ab. Begründung: Die KlimaSeniorinnen würden etwas verlangen, was global angegangen werden müsse, sie seien deswegen nicht klageberechtigt.
- Mai 2017: Einreichung der Beschwerde gegen den Beschluss des UVEK beim Bundesverwaltungsgericht.
- Dezember 2018: Das Bundesverwaltungsgericht lehnt die Beschwerde wiederum aus formalen Gründen ab. Laut Urteil sind Frauen über 75 Jahre nicht stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen als andere Bevölkerungsgruppen.
- Januar 2019: Die KlimaSeniorinnen ziehen mit ihrer Klimaklage vors Bundesgericht

- Mai 2020: Das Bundesgericht weist die Beschwerde der KlimaSeniorinnen nochmals aus anderen formalen Gründen ab. Gerichtlichen Schutz für die Seniorinnen sieht das Bundesgericht erst, wenn die Folgen des Klimawandels unabwendbar sind.
- Oktober 2020: Die KlimaSeniorinnen ziehen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg.

Die Urteile sämtlicher Instanzen sowie die Reaktionen des Vereins KlimaSeniorinnen sind auf der Webseite <https://klimaseniorinnen.ch/pressedokumente/> zu finden

Weitere Informationen

- Bildmaterial vom heutigen Point de Presse finden Sie in unserer Mediendatenbank (wird laufend ergänzt)
<https://media.greenpeace.org/collection/27MDHUGOQ6V>
- Rede der Co-Präsidentinnen Rosmarie Wydler-Wälti und Anne Mahrer
- Rede von Rechtsanwältin Cordelia Bähr
- Rede von Yvonne Anliker, Greenpeace Schweiz
- Offener Brief der KlimaSeniorinnen an den Bundesrat
- Faktenblatt zu den KlimaSeniorinnen

Kontakte

Deutsch

- Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin des Vereins KlimaSeniorinnen, 061 302 96 35, rosmariewydler@sunrise.ch
- Cordelia Bähr, Rechtsanwältin der KlimaSeniorinnen, 078 801 70 34, baehr@ettwein.ch
- Martin Looser, Rechtsanwalt der KlimaSeniorinnen, 079 481 76 88, looser@ettlersuter.ch
- Georg Klingler, Leiter Klima Greenpeace Schweiz, 079 785 07 38, georg.klingler@greenpeace.org

Französisch

- Anne Mahrer, Co-Présidente des Aînées pour la protection du climat, 079 249 72 17, anne.mahrer@bluewin.ch
- Raphaël Mahaim, Avocat au Barreau, 079 769 70 33, rmahaim@r-associés.ch

Italienisch

- Norma Bargetzi, Anziane per la protezione del clima, 079 352 98 89, normaba@bluewin.ch

Offener Brief an den Gesamtbundesrat und das UVEK, Bern den 8.10.2020

Darum klagen wir am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Schweiz

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin und Vorsteherin des UVEK, sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte

Die Schweiz nimmt ihre Verantwortung beim Klimaschutz nicht genügend wahr, und Sie spielen dabei eine Schlüsselrolle. Statt dem Parlament wissenschaftlich fundiert darzulegen, was die Schweiz mindestens tun müsste, um die drohende Klimakatastrophe in den Griff zu bekommen, setzt der Bundesrat von vornherein auf einen zu schwachen Klimaschutz.

Das andauernde Manko beim Klimaschutz führt u.a. zu heftigen Hitzewellen, die uns Seniorinnen krank machen und im schlimmsten Fall töten. Wir sind besonders verletzlich. **Es ist Ihre Pflicht, unsere Leben zu schützen. So ist es in unserer Verfassung und in der europäischen Menschenrechtskonvention verankert. Dennoch wurden Sie nicht genügend tätig.** Das ist der Kern unserer Klimaklage.

Wegen den verheerenden Folgen wird das politische Versagen beim Klimaschutz gegenwärtig als das grösste Risiko für die Menschheit gesehen. Um die Risiken einigermaßen unter Kontrolle zu halten, sollte der globale Temperaturanstieg 1.5°C möglichst nicht überschreiten. Dem hat die Schweiz völkerrechtlich verbindlich zugestimmt.

Mit den heutigen Handlungen werden wir dieses Ziel jedoch sicher nicht erreichen. Und selbstverstärkende Effekte im Klimasystem verringern mit jedem Tag die Chancen, dass wir es noch schaffen können.

Dennoch behaupten Sie, die Schweiz sei vorbildlich. Das ist für uns Betroffene bedrückend. Denn die schädlichen Emissionen müssen in der Schweiz mindestens doppelt so schnell sinken, wie vorgesehen. Die aktuellen Klimapläne führen dazu, dass das noch vorhandene CO₂-Budget massiv überzogen wird.

In den Niederlanden haben Gerichte ein menschenrechtlich begründetes Minimum für den staatlichen Klimaschutz bestätigt. Das UVEK und die Schweizer Gerichte waren nicht einmal bereit, sich mit unserem Begehren inhaltlich zu befassen.

Wir hoffen nun, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg die Klimapolitik der Schweiz überprüfen wird. Und wir fordern Sie auf, beim Klimaschutz endlich so viel zu tun, wie es braucht, um uns heute schon Betroffene sowie auch die zukünftige Lebenden genügend schützen zu können.

Mit freundlichen Grüssen,
KlimaSeniorinnen Schweiz

Lettre ouverte au DETEC et au Conseil fédéral dans son ensemble le 08.10.2020

Les raisons de notre requête à la Cour européenne des droits de l'homme contre la Suisse

Madame la Présidente de la Confédération et Cheffe du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC), Mesdames les Conseillères fédérales, Messieurs les Conseillers fédéraux,

La Suisse n'assume pas assez ses responsabilités en ce qui concerne la protection du climat et elle joue un rôle crucial en la matière. Au lieu d'expliquer au Parlement de façon scientifiquement fondée ce que la Suisse doit faire pour affronter le risque de catastrophe climatique, le DETEC et le Conseil fédéral misent d'avance sur une protection trop faible du climat.

Les lacunes persistantes en matière de protection du climat provoquent, entre autres, de fortes vagues de chaleur qui rendent les personnes âgées comme nous, malades. Nous sommes particulièrement vulnérables. **Il est de votre devoir de protéger nos vies. C'est ce qui est ancré dans la Constitution fédérale et dans la Convention européenne des droits de l'homme. Vous ne l'avez pourtant pas fait suffisamment.** C'est le cœur de notre action en justice pour le climat.

La défaillance du monde politique en matière de protection du climat est actuellement considérée comme la principale menace contre l'humanité à cause de ses conséquences catastrophiques. Pour que les conséquences en soient plus ou moins gérables, il faudrait que l'augmentation de la température de l'atmosphère planétaire ne dépasse pas 1.5°C. La Suisse s'y est engagée au regard du droit international.

Nous n'atteindrons toutefois pas cet objectif avec les efforts entrepris actuellement. Et les effets de rétroaction positive du système climatique réduisent chaque jour les possibilités d'y arriver.

Vous prétendez pourtant que la Suisse est exemplaire. C'est inquiétant pour nous qui sommes directement concernées. En Suisse, les émissions nocives doivent en effet diminuer au moins deux fois plus vite que ce qui est actuellement prévu. Les stratégies climatiques actuelles conduisent à ce que le budget d'émissions de CO₂ encore disponible soit massivement dépassé.

Aux Pays-Bas, des tribunaux ont confirmé un standard minimum basé sur les droits de l'homme en matière de protection du climat par l'État. Le DETEC et les tribunaux suisses n'étaient même pas prêts à traiter notre requête sur le fond.

Nous espérons maintenant que la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) à Strasbourg examine la politique climatique de la Suisse. Et nous vous appelons à faire enfin ce qu'il faut pour protéger le climat dans le but de nous protéger aujourd'hui en tant que personnes particulièrement touchées, et de protéger aussi les générations à venir.

Dans cette perspective, nous vous adressons, Madame la Présidente de la Confédération, Mesdames les Conseillères fédérales, Messieurs les Conseillers fédéraux, nos salutations les meilleures.

Les Aînées pour la protection du climat Suisse

Les Aînées pour la protection du climat saisissent la Cour européenne des droits de l'homme

Zurich/Berne, le 8 octobre 2020. Au printemps 2020, le Tribunal fédéral a rejeté le recours des Aînées pour la protection du climat et de quatre dames âgées particulièrement vulnérables. Elles condamnaient les négligences de la Confédération en matière de protection du climat et exigeaient des objectifs plus ambitieux dans ce domaine, ainsi que des mesures plus efficaces pour protéger leur droit à la vie et à la santé. Elles saisissent maintenant la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH). L'action en justice suisse à la CEDH est une des premières de ce genre et elle pourrait constituer un précédent pour toute l'Europe. Pour souligner leur revendication, des membres des Aînées pour la protection du climat se rendront personnellement à Strasbourg avec le Beluga, un voilier Greenpeace.

Les Aînées pour la protection du climat luttent depuis 2016 pour la justice climatique. La décision de poursuivre leur action en justice à la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) a été prise à une très large majorité des membres de l'association. « Le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et des communications (DETEC), ainsi que les tribunaux suisses n'étaient pas prêts à examiner notre requête sur le fond. La CEDH est un tribunal spécialisé dans les droits humains, contrairement aux tribunaux suisses. Nous espérons que cette cour sera le premier tribunal à se consacrer vraiment au devoir de la Suisse à protéger notre vie et notre santé contre les conséquences négatives du réchauffement climatique. Notre but est que l'Etat accomplisse son devoir de nous protéger et qu'il renforce la protection du climat, » explique Anne Mahrer, coprésidente des Aînées pour la protection du climat.

« Nous observons que la CEDH a une conscience croissante des relations entre protection du climat et droits humains et nous espérons de ce fait que le courage des Aînées pour la protection du climat soit récompensé, » ajoute Georg Klingler, spécialiste du climat chez Greenpeace Suisse. L'organisation écologiste soutient les Aînées pour la protection du climat depuis le début. « Nous pensons que les chances sont élevées que l'action en justice suisse soit la première de ce type à être traitée par la CEDH. Elle pourrait donc créer un précédent en Europe et dans le monde. »

Avec un bateau Greenpeace de Bâle à Strasbourg

Les Aînées pour la protection du climat ont commencé leur voyage pour Strasbourg ce matin à Berne où elles ont transmis une lettre ouverte au Conseil fédéral. Elles y expliquent pourquoi elles vont à Strasbourg pour placer une requête contre la Suisse. Elles rappellent quelles conséquences la trop faible protection du climat a sur leur vie et leur santé, et elles appellent le Conseil fédéral et les autorités à « faire enfin ce qu'il faut pour protéger le climat dans le but de nous protéger aujourd'hui en tant que personnes particulièrement touchées, et de protéger aussi les générations à venir ».

Certaines Aînées pour la protection du climat se rendront personnellement de Bâle à Strasbourg avec le Beluga, un voilier de Greenpeace. Ce trajet en bateau et la requête à la CEDH donnent une dimension internationale à l'action en justice des Suissesses.

L'acceptation et le traitement de la requête seraient un signal pour les nombreuses autres actions en justice contre des gouvernements ou des entreprises qui n'en font pas assez pour protéger le climat. C'est pour cela que les Aînées pour la protection du climat et Greenpeace veulent arborer un signe d'espoir sous la forme d'une banderole de fanions multicolores qui symbolise les souhaits et les espoirs des gens face à la crise climatique. Les premiers éléments de cette banderole ont été montrés aujourd'hui à Berne. De nombreux autres fanions amenés par la population doivent la compléter pour souligner à Strasbourg la grande importance du cas, l'une des premières affaires climatiques présentées à la CEDH.

Le Beluga à Bâle

Le 19 octobre 2020, le voilier Greenpeace Beluga accostera à Bâle où le public pourra le visiter. Les Aînées pour la protection du climat seront aussi à Bâle pour présenter leur action en justice. Plus d'informations sur <https://shop.greenpeace.ch/besichtigung-beluga-2020>

Inspirées par les Pays-Bas

Il y a 4 ans, les Aînées pour la protection du climat et quatre aînées agissant en leur nom propre ont déposé leur action en justice sous forme de requête au Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC) et à d'autres instances fédérales pour demander un renforcement de la protection du climat eu égard à leurs droits fondamentaux à la vie et à la santé. Il est avéré que l'augmentation des chaleurs extrêmes causée par la crise climatique, en été, provoque une mortalité accrue et plus de maladies chez les personnes âgées et en particulier chez les aînées.

- Après le succès de la fondation néerlandaise Urgenda en 2015 : Un cabinet d'avocat mandaté par Greenpeace a examiné la législation suisse et la faisabilité d'une action en justice
- Août 2016 : Constitution de l'association des Aînées pour la protection du climat Suisse
- Novembre 2016 : Remise formelle de la « Requête en cessation des actes illicites par omission en matière de protection du climat » au Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC) et à d'autres instances fédérales.
- Avril 2017 : Le DETEC rejette la requête pour des raisons formelles. Motif : Les Aînées pour la protection du climat demanderaient quelque chose qui doit être traité à l'échelle globale et ne sont de ce fait pas qualifiées pour agir en justice.
- Mai 2017 : Recours au Tribunal administratif fédéral (TAF) contre le rejet de la requête par le DETEC.
- Décembre 2018 : Le Tribunal administratif fédéral (TAF) rejette le recours, de nouveau pour des raisons formelles. Selon le TAF, les femmes de plus de 75 ans ne sont pas touchées plus fortement que d'autres groupes de population par les effets du changement climatique.

- Janvier 2019 : Les Aînées pour la protection du climat adressent leur action en justice au Tribunal fédéral (TF).
- Mai 2020 : Le Tribunal fédéral (TF) rejette le recours des Aînées pour la protection du climat, cette fois-ci pour d'autres raisons formelles. Le TF ne conçoit de protection juridique pour les Aînées que si les conséquences du réchauffement climatique sont inéluctables et imminentes, ce qui ne serait pas encore le cas selon le tribunal fédéral.
- Octobre 2020 : Les Aînées pour la protection du climat saisissent la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) à Strasbourg.

Les arrêts de toutes les instances ainsi que les réactions de l'association des Aînées pour la protection du climat sont sur le site internet <https://klimaseniorinnen.ch/pressedokumente/>.
Les éléments en français se trouvent ici : <https://ainees-climat.ch/contact-presse/>.

Contacts

Allemand

- Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin des Vereins KlimaSeniorinnen, 061 302 96 35, rosmariewydler@sunrise.ch
- Cordelia Bähr, Rechtsanwältin der KlimaSeniorinnen, 078 801 70 34, baehr@ettwein.ch
- Martin Looser, Rechtsanwalt der KlimaSeniorinnen, 079 481 76 88, looser@ettlersuter.ch
- Georg Klingler, Leiter Klima Greenpeace Schweiz, 079 785 07 38, georg.klingler@greenpeace.org

Français

- Anne Mahrer, coprésidente des Aînées pour la protection du climat, 079 249 72 17, anne.mahrer@bluewin.ch
- Raphaël Mahaim, Avocat au Barreau, 079 769 70 33, rmahaim@r-associés.ch

Italien :

- Norma Bargetzi – Anziane per la protezione del clima – 079 352 98 89 – normaba@bluewin.ch